

Zeitschrift: Zenit
Herausgeber: Pro Senectute Kanton Luzern
Band: - (2017)
Heft: 3

Artikel: Schweizer Geschichte. Teil 19, Bewahren und Verändern - die Schweiz seit 1989
Autor: Steffen, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-927121>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bewahren und Verändern – die Schweiz seit 1989

1989: Der Mauerfall in Berlin beendet den 44 Jahre langen Kalten Krieg – und plötzlich wankt auch die stabile Schweiz. Fichenskandal, Armee-Abschaffungsinitiative, das Nein zu Europa, der Druck der USA auf die Banken – all dies schafft Unsicherheit. «Bewahrer» und «Veränderer» liegen sich in den Haaren.

In der Nacht auf den 10. November 1989 fällt die Berliner Mauer. Diese «weltgeschichtliche Flutwelle» ergreift zwei Wochen später auch die Schweiz. Die «Russenangst» ist verpufft. Bei der für Schweizer Verhältnisse aussergewöhnlich hohen Stimmabstimmung von 69 Prozent stimmen 1 052 442 Schweizerinnen und Schweizer (35,6 Prozent) für die Abschaffung der Armee. In den Kantonen Jura und Genf wird die Initiative sogar angenommen. Die Bevölkerung hat keine Angst mehr. Wie viel Furcht vor dem «äusseren und inneren Feind» aber bei den Behörden noch vorhanden ist, offenbart der kurz zuvor ausgelöste Fichenskandal.

Am Anfang dieses grössten politischen Skandals der Nachkriegsschweiz steht ein kurzes Telefonat der Justizministerin Elisabeth Kopp. Sie ruft ihren Gatten an, um ihn zum Rücktritt aus dem Verwaltungsrat eines Unternehmens zu bewegen, gegen das die Bundesanwaltschaft ermitteln will. Als die Geschichte ruchbar wird, sie aber das Telefonat leugnet, muss die erste Bundesrätin des Landes im Januar 1989 demissionieren. Eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) wird beauftragt, den Vorwurf der Amtsgeheimnisverletzung zu prüfen. Linke Politiker wittern dabei die Chance, den obskuren Schweizer Staatsschutz zu durchleuchten.

Was zum Vorschein kommt, hat niemand erwartet. Statt der «Affäre Kopp» machen nun plötzlich die «Fichen» (Registerkarten) Schlagzeilen. Am 24. November 1989 lässt PUK-Präsident und SP-Nationalrat Moritz Leuenberger eine Bombe platzen: Während des Kalten Krieges wurden über 900 000 Personen und Organisationen bespitzelt. Übereifrige Beamte hatten nicht nur höchst relevante Informationen zu Terrorismus und Spionage aufgezeichnet, sondern alles, was ihnen nicht konform, unbequem, unkonventionell und «unschweizerisch» erschien – die Teilnahme an Anti-AKW-Demonstrationen und Reisen in den Osten zum Beispiel. Noch brisanter ist die Tatsache, dass die Schweiz eine Geheimarmee (P26) unterhielt, eine

Widerstandsorganisation im Falle einer sowjetischen Besetzung der Schweiz. Und dies alles kurz bevor «700 Jahre Eidgenossenschaft» gefeiert werden soll. Die Lust zum Feiern ist vielen vergangen, auch den «Vorzeige-Schweizern» Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt. Dürrenmatt nennt in seiner Festrede die Schweiz ein Gefängnis. Das Schweizer Nationalgefühl erreicht einen Tiefpunkt.

Druck von aussen

Seit 1989 muss sich die Schweizer Regierung zahlreichen Forderungen der USA, der EU und der OECD beugen: Das Bankgeheimnis (2008 von Bundesrat Merz als «unverhandelbar» bezeichnet) wird im März 2009 gegenüber den ausländischen Steuerbehörden fallen gelassen. Der Bundesrat dehnt die Amtshilfe auf sämtliche Steuerdelikte aus. Bisher war sie auf Steuerbetrug (etwa durch Urkundenfälschung) beschränkt gewesen. Auf das «Kavaliersdelikt» Steuerhinterziehung (ein rein helvetischer Begriff) muss nun auf internationalen Druck hin gegenüber dem Ausland verzichtet werden. Viele Schweizer hatte es nicht gestört, dass zahlreiche betuchte Ausländer als «Steuerflüchtlinge» ihr Guthaben in der Schweiz deponierten. «Der Schaden fremder Menschen geht uns nichts an», dachte man. Wenn es aber darum ging, am Schaden, den man im Ausland anrichtete, mitzutragen, war man nicht bereit dazu. Die jahrelangen Streitigkeiten mit Deutschland über die Anflugwege des Zürcher Flughafens zeugen von dieser «Sankt-Florian-Haltung».

Aus Angst vor der wirtschaftlichen Überfremdung war bereits im Krisenjahr 1936 die Aktivinkulierung (das Erstellen von Namensaktien) eingeführt worden. Man wollte damit unerwünschte Investoren fernhalten. Auch das wirtschaftliche Kader sollte schweizerisch bleiben: Um in Industrie und Wirtschaft eine Führungsfunktion zu erhalten, war eine Offiziers- und Parlamentskarriere unerlässlich.



Demonstration gegen die Schliessung der Giesserei Sulzer in Winterthur, Juli 1992.

Das änderte sich nach 1989 sehr rasch. Die nicht länger geschützten Schweizer Unternehmen verloren ihren nationalen Bezugsrahmen. Hier einige Beispiele: Aus Ciba Geigy und Sandoz wurde 1996 Novartis, Toblerone wurde vom deutschen Jacobs-Konzern gekauft und später an den US-Konzern Mondelez International weiterverkauft. Die Brauerei Eichhof schluckte erst zahlreiche Kleinbrauereien (von Liestal bis ins Tessin), bevor sie an die holländische Heineken-Gruppe ging.

Der Niedergang von Sulzer

Geradezu exemplarisch ist der Zerfall der 1834 gegründeten Schiffsmotoren- und Turbinenfabrik Sulzer in Winterthur: 1966 noch der Stolz der Schweizer Industrie mit 14 000 Mitarbeitern (38 000 weltweit) setzte man ab 1998 – unter Tito Tettamanti – voll auf Medizinaltechnik: künstliche Hüftgelenke und Herzschrittmacher. Alles andere wurde verkauft, zum Teil an Stadler Rail. «Kleiner – aber profitabler» hiess das Motto.

2007 stieg der russische Oligarch Viktor Vekselberg bei Sulzer ein. Zweifelhafte Geschäfte brachten die Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht auf den Plan. Vekselberg und zwei weiteren Oligarchen drohte eine Busse von 40 Millionen Franken. 2010 wurde die Untersuchung des Falles durch das Bundesgericht eingestellt. Hatte Putin die Hand im Spiel? 2015 brach der Gewinn bei Sulzer um 73 Prozent auf 275 Millionen Franken ein. Es liefen Sparprogramme. Trotzdem zahlte Sulzer seinen Aktionären – Vekselbergs Renova hat mit 63 Prozent die Aktienmehrheit – eine halbe Milliarde Franken Sonderdividende aus. Das Geld stammte aus dem Verkauf einer Firmensparte. Sulzer produzierte unter anderem Pumpen für die Ölindustrie und spürte den Zerfall des Ölpreises. Im März 2017 wurden von den 494 Stellen in Winterthur weitere 90 gestrichen. In der Schweiz bleiben blos noch Forschung und Entwicklung, sowie Verwaltung. Sulzer produziert hier nichts mehr.

Nach dem Anschlag auf die Twin Towers in New York vom 11. September 2001 erreichte die Unglücksquelle auch die Schweiz: In Zug erschoss am 27. September der Attentäter Leibacher im Parlamentsgebäude 14 Politiker, bevor er sich selbst richtete. Am 2. Oktober ereignete sich das Swissair-Grounding. Kaum einen Monat später löste ein alkoholisierte Lastwagenfahrer am 24. Oktober ein Inferno im Gotthardtunnel aus. Elf Menschen starben in der Flammenhölle. Die Schweiz fiel in eine Art «Schockstarre», von der sie sich nur langsam erholte – vielleicht erst an der friedlichen Expo 02.

Wie gefährlich der wirtschaftliche Alleingang werden kann, zeigt der Fall der Swissair. Nach der Ablehnung des EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) 1992 ging die Swissair in die Offensive und kaufte verschiedene marode Fluggesellschaften auf, darunter die belgische Sabena. Mit dieser Hunter-Strategie wollte die «fliegende Nationalhymne» am liberalisierten europäischen Luftraum teilhaben. 2001 kam es zum Grounding. Die Schweizer Banken liessen die einst als «fliegende Bank» bezeichnete Airline im Stich. Der Bund musste die Nachfolgegesellschaft Swiss mit Milliardensubventionen stützen und sie schliesslich 2007 der deutschen Lufthansa für ein Butterbrot überlassen. Als «deutsche Tochter» ist die Swiss längst der EU beigetreten. Es tönt etwas zynisch, wenn diese Lufthansa-Tochter heute mit dem Schweizerkreuz am Heck ihrer Flugzeuge mit dem Slogan wirbt: «Unser Zeichen ist ein Versprechen».

Kaum war der Fall Swissair gelöst, musste die öffentliche Hand auch die UBS retten, die sich auf dem US-Immobilienmarkt verspekulierte hatte. Der Bund musste einspringen, indem er illiquide Wertpapiere im Wert von 61 Milliarden Franken in eine «Bad Bank» übernahm und eine Wandelanleihe von 6 Milliarden Franken zeichnete. Die UBS hatte zudem vielen US-Bürgern systematisch bei der Steuerhinterziehung geholfen. Trotzdem nahm sie keinen Kurswechsel vor: Die Verfehlungen der Geschäfts-

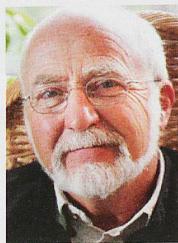
leitung wurden nicht gerichtlich verfolgt und die Boni-Zahlungen an sie nicht eingestellt.

Das Aufatmen kam fünf Jahre später: «Insgesamt hat die grösste Rettungsaktion von Bund und Nationalbank für ein privatwirtschaftliches Unternehmen den Steuerzahler keinen Rappen gekostet, aber einen Gewinn in der Grössenordnung von 6,5 Mrd. Franken in die Kasse des Staates und der Notenbank gespült», meldete die NZZ am 4. August 2013. Trotzdem blieb ein schaler Nachgeschmack: Das Bild von der «selbstherrlichen Unkontrollierbarkeit des Finanzplatzes Schweiz» (Mario König, Schweizer Historiker) wurde hier zementiert. 2010 machte die Bilanzsumme aller Schweizer Banken mehr als das Achtfache des Bruttoinlandproduktes aus. Fast zwei Drittel davon beanspruchten UBS und CS.

Die Macht des Geldes beherrscht die demokratisch gewählten Behörden – und leider nicht umgekehrt. Das scheint sich nicht schnell zu ändern: 2017 lagern 2400 Milliarden Franken an ausländischen Geldern in Schweizer Banken und «nur» halb so viel inländisches Geld. Kein anderer Finanzplatz der Welt hortet so viel Geld. London und Singapur schaffen bloss die Hälfte.

Vom «EWR-Nein» zur Masseneinwanderungsinitiative

Das Bild der heilen Insel Schweiz in der tosenden Brandung existiert offenbar weltweit. Es wird auch von einer Mehrheit der Schweizer vertreten. Die EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 bestätigte dies einmal mehr: 50,4 Prozent der Stimmenden und 16 Stände lehnten die EU-Annäherung ab, in Uri sogar 75 Prozent, in der Innerschweiz 64 Prozent. Profiteurin dieser Anti-EU-Stimmung ist die SVP. Ihr Stimmenanteil stieg von 11,9 Prozent (1991) auf 22,5 Prozent (1999), 28,9 Prozent (2007) und 29,4 Prozent (2015). Die



Dr. phil. Walter Steffen ist Historiker. Geboren 1945 in Luzern, Städtisches Lehrerseminar und Studien in Zürich und Bologna. 30 Jahre Lehrer für Geschichte, Italienisch und Englisch an den Lehrerseminaren Luzern und Hitzkirch. Seit der Pensionierung ist er Reiseleiter für Italien.

Wünsche und Vorstellungen der Wirtschaft sind nicht identisch mit denjenigen des Volkes. Der Bundesrat muss vermitteln. Wenn 80 Prozent der Importe aus der EU stammen und 60 Prozent der Exporte dorthin gehen, bleibt der Regierung nichts anderes übrig, als bilaterale Verhandlungen mit jedem einzelnen EU-Staat. Das geht nicht ohne Nachvollzug des EU-Wirtschaftsrechtes, mag dieser nun auch beschönigend «autonom» genannt werden. Drei Jahre nach der Annahme der SVP-Initiative gegen Masseneinwanderung ist nicht klar, wie das Volksbegehren umgesetzt werden soll, ohne die Abkommen mit der EU zu gefährden. Inzwischen wollen auch Exponenten der SVP die Suppe nicht mehr so heiss löffeln, wie sie vor der Abstimmung gekocht wurde.

«Substanzielle Änderungen der politischen Verfassung erforderten in der Eidgenossenschaft immer einen Bürgerkrieg oder ausländische Interventionen», hält der Schweizer Historiker Thomas Maissen fest, «politischer Wandel wird hier als Fremdbestimmung wahrgenommen». Schaffen wir die Gratwanderung zwischen nationaler Eigenständigkeit und globaler, auch völkerrechtlicher Verantwortung?

Nächste Folge: Die internationale Aufgabe und Ausstrahlung der Schweiz.

Inserat



20 % Rabatt

auf die offiziellen Übernachtungspreise
für Mitglieder des Club 66 vom 1.5.-15.12.17

Hotel Rischli | Rischlistrasse 88, 6174 Sörenberg | www.hotel-rischli.ch | info@hotel-rischli.ch | Tel. 041 488 12 40